



Beschlussauszug
aus der
Sitzung des Stadtrates
vom 09.02.2023

Öffentlicher Teil

TOP 13 Antrag der Fraktion Die Linke: Geplante Schließung von Sparkassen- und Selbstbedienungsfilialen in Homburg verhindern – erneute Befassung durch den Verwaltungsrat der Kreissparkasse als Kontrollgremium notwendig

Die Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, AfD sowie FWG schließen sich dem Appell der Fraktion Die Linke an die Kreissparkasse (KSK) an, ihrem Versorgungsauftrag nachzukommen und den Sparkassenkunden die Erledigung ihrer Bankgeschäfte wohnortnah zu ermöglichen. Zu diesem Zweck wolle man in den Dialog mit dem Vorstand der KSK treten, um eine gemeinsame Lösung zu finden.

RM Kühn findet hingegen, die Kreissparkasse habe ihre Gründe für die Entscheidung aus betriebswirtschaftlicher Sicht nachvollziehbar dargelegt. Er gibt zu bedenken, dass alternativ zu den Einsparungen durch die Schließungen entweder die Kreisumlage steigen würde oder die Spenden an gemeinnützige Einrichtungen zurückgingen. Zudem verweist er auf den Bargeldservice, den die KSK ihren Kunden anbiete.

RM Lauer, Ortsvertrauensfrau von Beeden, informiert darüber, dass am 27. Februar um 17 Uhr ein Gesprächstermin des Verwaltungsrats/Vorstands der KSK mit Ortsvertrauensleuten bzw. Ortsvorstehern betroffener Stadtteile stattfinden werde, um mögliche Alternativlösungen zu diskutieren.

Der Stadtrat kommt daraufhin überein, die Verwaltung möge die Kreissparkasse bitten, auch Vertreter der Stadtratsfraktionen zu dem Gesprächstermin der Ortsvertrauensleute und Ortsvorsteher mit dem Vorstand am 27.02.23 einzuladen.